

Gemeinderat bewilligt G-20-Kosten

Heftige Kritik an Verhalten der OB wird laut / Weitgehende Einigkeit bei positiven Effekten des Treffens

Von Sarah Reith

Baden-Baden – Viel Kritik musste Oberbürgermeisterin Margret Mergen am Montag im Gemeinderat einstecken: Grüne, SPD, FDP und Freie Bürger bemängelten Mergens Vorgehensweise im Zusammenhang mit dem G-20-Treffen im März. CDU und Freie Wähler schlugen sich auf die Seite der OB.

Da die Stadt auf den Kosten für Vorbereitung und Durchführung des G-20-Treffens sitzen bleibt, sollte der Gemeinderat überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von knapp 585000 Euro zustimmen (wir berichteten). Das sorgte für eine zum Teil äußerst hitzig geführte Debatte. Dabei stießen sich die Kritiker zumeist nicht an der Ausrichtung des Gipfels selbst: Über die Fraktionsgrenzen hinweg war man sich einig,

dass die Veranstaltung einen immensen Werbewert für die Kurstadt gehabt habe und es insofern richtig gewesen sei, sie hier stattfinden zu lassen. Kritisiert wurde hingegen, dass die OB der Ausrichtung in einem Telefonat mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zustimmte, ohne den Gemeinderat zu befragen – und dies auch in den darauffolgenden Monaten nicht getan hat.

Mergen zeigte zunächst wenig Verständnis für diese Position, entschuldigte sich aber im Lauf der Diskussion dafür, dass sie nicht daran gedacht habe, früher einen Gemeinderatsbeschluss herbeizuführen. Sie habe bereits kurz nach dem Telefonat, im Februar 2016, öffentlich informiert, erinnerte sie. Im Februar 2017 habe der Gemeinderat dann nichtöffentlich einen Rahmen von bis zu 800000 Euro für die Veranstaltung bewilligt. So sei man sei-



Polizisten versiegeln Kanaldeckel. Foto: Archiv/Zeindler-Efler

nerzeit auch beim Nato-Gipfel vorgegangen.

Der Position schlossen sich CDU und Freie Wähler an. So bedauerte etwa Armin Schöpfelin (CDU), dass die losgetretene öffentliche Diskussion die positive Wirkung des Treffens für Baden-Baden überlagere.

Hans-Peter Ehinger (Freie Wähler) betonte: „Je länger wir dieses Thema diskutieren, desto mehr Schaden wir uns.“ Schöpfelin griff zudem die FDP an: Dass diese der OB „bewusstes Fehlverhalten“ vorgeworfen habe (wir berichteten), sei „einfach unfair“. Man habe keinerlei Verständnis für „einen solchen Zirkus“.

Ganz anders sah das Rolf Pilarski (FDP): Er betonte noch einmal, dass seine Partei die demokratische Verfahrensweise Mergens bei der Kommunalaufsicht prüfen lassen müsse. Die Sicherung der Leo-Baustelle (die Baugrube wurde für das Treffen geschlossen) bezeichnete Pilarski zudem als „blamabel“. Hier seien knapp 100000 Euro Steuergeld „schlichtweg verbraten“ worden.

An diesem Posten störte sich auch die SPD besonders: Kurt Hochstuhl erinnerte noch ein-

mal daran, dass seine Partei schon im Juli 2016 gefordert hatte, den Beginn der Großbaustelle um ein Jahr zu verschieben, um Kollisionen mit dem G-20-Treffen zu vermeiden. Damals hatte es von der Verwaltung geheißt, dass das Treffen keine Auswirkungen auf die Baustelle haben würde. Zudem bemängelte auch er, genau wie Beate Böhlen (Grüne) und Martin Ernst (FBB), dass die OB eigenmächtig entschieden habe. Böhlen betonte, als OB könne Mergen eine solche Summe nicht allein verantworten. Weil man nicht sicher sein könne, wann sie einen solchen Alleingang wieder wage, könne ihre Fraktion die entstandenen Kosten nicht mittragen. Ähnlich äußerte sich auch Ernst. Die außerplanmäßigen Ausgaben wurden schließlich mit 22 Ja-Stimmen, neun Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen bewilligt.